

82.902

Postulat der unabhängigen und evangelischen Fraktion**Bundesverwaltung. Arbeitszeitverkürzung****Postulat du groupe indépendant et évangélique****Administration fédérale.****Réduction de la durée du travail***Wortlaut des Postulates vom 30. November 1982*

Die Arbeitszeit des Bundespersonals ist der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsarbeitszeit der Arbeitnehmer anzupassen. Dabei haben als Formen der Arbeitszeitverkürzung eine Verlängerung der Ferien oder zusätzliche Freitage im Vordergrund zu stehen.

Texte du postulat du 30 novembre 1982

La durée du travail du personnel de la Confédération doit être adaptée à la durée moyenne du travail dans l'ensemble de l'économie. Pour ce faire, il convient d'envisager en premier lieu, comme moyen de réduire cette durée, de prolonger les vacances ou d'accorder davantage de jours fériés.

Günter: Ich vertrete hier den Fraktionssprecher, Herrn Jaeger. Das hat für Sie den grossen Vorteil, dass es sehr kurz sein wird, da auch ich nicht damit gerechnet habe, dass das Postulat jetzt zur Diskussion kommt.

Sie erinnern sich, dass wir Ende 1982 eine grosse Debatte über die Arbeitszeit hatten. Unsere Fraktion hat damals den Antrag gestellt, einen Kredit zu blockieren und das Personal selbst einmal zu fragen, wie es über die Arbeitszeitverkürzung denke.

Wir haben die Idee jetzt noch einmal mit einem Postulat untermauert. Wir sind der Meinung – wir glauben daran –, dass die Arbeitszeit in den nächsten Jahren sicher verkürzt werden muss. Uns scheint, dass ein gutes Mass für diese Arbeitszeitverkürzung die Durchschnittsarbeitszeit der Arbeitnehmer in der Schweiz ist. Der Bund soll nicht allzu weit vorausgehen. Persönlich bin ich der Meinung, er dürfe einen kleinen Schritt vorausgehen, er soll aber sicher auch nicht hinterher hinken.

Wir sind bei dieser Diskussion damals darauf gestossen, dass im konkreten Fall die Arbeitszeit um einige wenige Minuten pro Tag verkürzt worden wäre. Wir haben ein ähnliches Programm bei uns im Spital durchgeführt. Dort wurde die Arbeitszeit um 12 Minuten verkürzt. Ich kann Ihnen das Gelächter gar nicht schildern, das wir damit bei den Schwestern geerntet haben.

Gewitzigt durch diese Erfahrung, glaube ich, wir sollten trotzdem noch einmal versuchen, herauszufinden: Was ist das Optimale für die Arbeitnehmer beim Bund? Ich glaube nämlich, dass möglicherweise mehr Ferien oder zusätzliche Freitage bei den Betroffenen auf vielmehr Interesse stossen würden als die Arbeitszeitreduktion von wenigen Minuten pro Tag. Was wir Ihnen vorlegen, ist ein Postulat. Wir ersuchen den Bundesrat, den Problemkreis zu prüfen. Insbesondere möchte ich hier meinen Wunsch anbringen, dass man das nicht nur bei den Verbänden prüft, sondern tatsächlich bei den Betroffenen. Es sollte ja relativ einfach sein, bei allen Arbeitnehmern des Bundes darüber eine Umfrage zu machen. Es ist gut, dass es Personalverbände gibt, aber in einer derartigen Frage muss es gestattet sein, dass der Arbeitgeber direkt bei den Betroffenen sich erkundigt. Im Grunde genommen möchten wir hier darauf hinarbeiten, dass die Bundesbeamten in dieser Frage das bekommen, was sie eigentlich möchten, das uns dann auch im Staat am meisten dient; und dazu gehört, dass man den Problemkreis ganz offen und unbefangen neu noch einmal prüft. Ich möchte Sie bitten, dem Postulat zuzustimmen.

Bundesrat Stich: Der Bundesrat muss Ihnen auch hier beantragen, das Postulat abzulehnen. Der Bundesrat hat bereits den Bericht über die Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht, und aus diesem Grund kann er ganz sicher, was die jetzige Arbeitszeitverkürzung anbetrifft, nicht darauf zurückkommen. Wenn Sie das hingegen für später vorsehen, ist der Bundesrat natürlich bereit, weiter zu prüfen. Aber für die nächste Arbeitszeitverkürzung ist der Zug in dieser Hinsicht «abgefahren».

Renschler: Zwei Bemerkungen von Herrn Günter veranlassen mich, das Wort zu ergreifen.

1. Er hat sehr darauf Wert gelegt, dass das Personal befragt wird, in welcher Form es Arbeitszeitverkürzung haben möchte. Daraus ist wohl zu schliessen – er hat es auch so angedeutet –, dass die Gewerkschaften in der Vertretung der Personalinteressen nicht glaubwürdig seien.

Herr Günter, wenn der Föderativverband mit 140 000 Mitgliedern für die Arbeitszeitverkürzung im Sinne der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung eintritt, dann sind das nicht die Funktionäre, die das vorschlagen, sondern dann erfolgt dieser Vorschlag aufgrund der geäusserten Mitgliedermeinung.

Ihre diesbezüglichen Bemerkungen, Herr Günter, muss ich als gewerkschaftsfeindlich bezeichnen.

2. Der Vorschlag, statt wöchentliche Arbeitszeitverkürzung mehr Ferien zu gewähren, wandelt eigentlich das Postulat des Landesrings um in ein Anti-Arbeitszeitverkürzungspostulat. Denn so naiv können Sie ja nicht sein, dass Sie glauben, das eidgenössische Parlament würde einer weiteren Verbesserung der Ferienregelung des Bundespersonals zustimmen. Wir haben schon in der Diskussion über die Verankerung besserer Ferienregelungen im Obligationenrecht Diskussionen wegen der sehr grosszügigen Lösung, die dem Bundespersonal zugute kommt, gehabt.

Glauben Sie im Ernst, dass nun das Parlament hingeht und über die vier Wochen Mindestferien, fünf Wochen ab dem 50. Altersjahr und sechs Wochen ab dem 60. Altersjahr hinaus zusätzliche Ferien beschliessen wird?

Was jetzt die Personalverbände mit dem Bundesrat ausgehandelt haben, ist die Arbeitszeitverkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Der Vorschlag – wie Sie wissen – lautet: 42-Stunden-Woche ab Mitte 1986.

Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Damit bekunden Sie auch Respekt davor, dass die Verbände die Legitimation zu Verhandlungen mit dem Bundesrat haben und dass sie ein Recht haben, ihre Meinung – durch die Mitglieder gebildet – zum Ausdruck zu bringen.

Günter: Ich möchte nach dem Votum von Herrn Kollege Renschler noch einmal das Wort ergreifen. Das Postulat besteht aus zwei Teilen:

Der erste Teil will, dass die Arbeitszeit im Masse der durchschnittlichen Arbeitszeitreduktion in der Schweiz erfolge. Herr Renschler, dagegen werden Sie sich ja wohl kaum im Ernst wenden.

Im zweiten Teil wird postuliert, dass bei dieser zusätzlichen Reduktion, die ja in die Zukunft erfolgen wird, neu überprüft werde, ob nicht sinnvollerweise mehr Ferien statt Reduktion der täglichen Arbeitszeit gewährt würden.

Und da, Herr Renschler, wird auch die Diskussion offen sein, ob das zum Beispiel eben mehr Freitage sein werden. Ich meine, da wird das Parlament sicher dafür offen sein. Denn wir wollen ja die Form finden, die für den Bund die beste ist und gleichzeitig auch für diejenigen, die beim Bund angestellt sind. Denn wenn die Beamten zufrieden sind, dann besteht eine Chance, dass sie auch am besten arbeiten.

Im übrigen möchte ich mich dagegen verwahren, gewerkschaftsfeindlich zu sein. Sie wissen so genau wie ich, dass ich immer noch Mitglied des VPOD bin. Aber es ist nicht gewerkschaftsfeindlich, und es muss einfach erlaubt sein, dass der Bund die Leute auch direkt befragt. Ich finde es gut, wenn sie organisiert sind und wenn die Verbände ihre Interessen vertreten haben. Aber in spezifischen Sachfra-

gen, wie das nun eine ist, muss der Bund die Leute direkt befragen können. Ich weiss einfach aus eigener Erfahrung, dass die Leute mehr Freitage einer noch kürzeren Arbeitszeit pro Tag vorziehen, weil sie sich so weniger Stress versprechen. Sie fürchten, dass, wenn die Arbeitszeit nur um wenige Minuten verkürzt wird, sie dann dieselbe Arbeit einfach in noch kürzerer Zeit hineindrängen müssen. Wenn sie einen richtigen Freitag haben, können sie sich richtig entspannen.

Ich möchte Sie nach dieser Berichtigung bitten, das Postulat anzunehmen.

Eggli-Winterthur: Selbst auf die Gefahr hin, dass Herr Günter ein drittes Mal ans Mikrophon kommt, möchte ich ihm doch einiges sagen.

Auch ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit mit Krankenschwestern zu tun. Ich stelle immer wieder fest, dass die Krankenschwestern sagen, dass ihr Arbeitstag zu lange sei und es deshalb notwendig sei, auch die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen.

Ich möchte Sie bitten, Herr Günter, als Mitglied des VPOD einmal die alten gewerkschaftlichen Parolen zu lesen wie: 8 Stunden Arbeit genügt, 8 Stunden Freizeit und 8 Stunden Ruhe. Ich würde mich wehren dagegen, dass jetzt einfach die tägliche Arbeitszeit gleich bleibt und zum Teil noch verlängert wird, damit man am Freitag nachmittag schon frei machen kann. Man weiss ganz genau, dass auch die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit des Arbeitnehmers bei allzu langen Arbeitszeiten Schaden nehmen. Es wäre dringend notwendig, dass wir in der Schweiz auch endlich zum 8-Stunden-Tag kommen und nicht, wie heute noch, zum Teil fast zum 9-Stunden-Tag.

Ich möchte Sie einfach bitten – aus diesem Grunde schon – das Postulat abzulehnen.

Le président: Le Conseil fédéral propose de refuser le postulat. M. Günter le maintient.

Abstimmung – Vote

Für die Überweisung des Postulates	Minderheit
Dagegen	offensichtliche Mehrheit

Schluss der Sitzung um 17.40 Uhr

La séance est levée à 17 h 40

Postulat der unabhängigen und evangelischen Fraktion Bundesverwaltung. Arbeitszeitverkürzung

Postulat du groupe indépendant et évangélique Administration fédérale. Réduction de la durée du travail

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.902
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1984 - 15:00
Date	
Data	
Seite	401-402
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 314

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.